

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Gartenstadt

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 29.11.2019
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	17:05 Uhr
Ort, Raum:	Gartenstadt-Cafe, Königsbacher Straße 14

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Andreas Rennig

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Katharina Sommer

Eva-Maria Uebel

Ulrich Sommer

Birgitta Frings

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Markus Lemberger

Stefan Klee

Elisabeth Schäfer

Norbert Kimpel

Barbara Lemberger

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Claus Guntrum

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Markus Sandmann

Schriftführer/in

Brigitte Kachelmeier-Schmitt

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Lukas Muciek

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Martina Holzbecher

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Hans Arndt

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Manfred Hartinger

Dr. Peter Uebel

Ibrahim Yetkin

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Information Baumfällungen 2019/2020 im Ortsbezirk
Vorlage: 20190832
4. Sachstand Unzulässige Auffahrhilfe an Bürgersteigen
Vorlage: 20190831
5. Antrag aller Fraktionen im Ortsbeirat
Optimierung des Nachtbusses Nr.94 durch die RNV
Vorlage: 20190833
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Geschwindigkeitskontrollen in der Karlsbader Straße, Heuweg und Kärntnerstraße, sowie
Kontrollen des Durchfahrverbots in der Kärntnerstraße
Vorlage: 20190824
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Straßenrandbefestigung in der Niederfeldstraße, gegenüber Ladenzeile
Vorlage: 20190812
8. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
WLAN und Strom aus der Parkbank
Vorlage: 20190830
9. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Wurzelsanierung an Platanen in der Maudacher Straße
Vorlage: 20190825
10. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Nachtbuslinie Von-Kieffer-Straße/ Kärntner Straße
Vorlage: 20190798
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Vorstellung Nahverkehrskonzept für die Gartenstadt
Vorlage: 20190813
12. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Baumaßnahmen in Schulen des Ortsbezirks
Vorlage: 20190826
13. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrsführung Wollstraße
Vorlage: 20190800

14. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Parkplatz gegenüber Mundenheimer Friedhof
Vorlage: 20190814
15. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Fahrradabstellanlagen im Stadtteil Gartenstadt
Vorlage: 20190828
16. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Wochenmarkt
Vorlage: 20190815
17. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Freiflächen für Graffiti- Neugestaltung
Vorlage: 20190829
18. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Öffentliche Ladestationen
Vorlage: 20190816
19. Bebauungsplan Nr. 536 "Ebereschenweg, Schlehengang, Weißdornhag", Sachstandsinformation
Vorlage: 20190842
20. Ausbau der öffentlichen Verkehrsfläche Schreiberstraße zwischen Kallstadter Straße und Niederfeldstraße
Vorlage: 20190843

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

1. Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest eine Stellungnahme (Bereich Straßenverkehr)

bzw. das Ergebnis einer Verkehrsrundfahrt, die sich auf die Ortsbeiratssitzung vom 26.02.2019 (Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion „Parkraumschaffung Innsbrucker Weg/Fügener Weg) bezieht:

Der vorgeschlagene Standort wurde in der Verkehrsrundfahrt seitens der Feuerwehr abgelehnt, da diese die Umfahrungsmöglichkeit im Einzelfall benötigt. Das Parken kann dort deshalb nicht legalisiert werden. Wir haben in diesem Bereich auch die Umgebung wegen möglicher Parkflächen geprüft und konnten wegen des Kinder-spielplatzes und den Zufahrten zu dem nachgeordneten Straßen auch keine anderen geeigneten Flächen finden. Dem Antrag kann deshalb nicht entsprochen werden.

2. Des Weiteren verweist er auf verschiedene Veranstaltungen, die stattgefunden haben, z.B. Boule-Turnier, Adventsmarkt der Siedlergemeinschaft und Adventsmarkt in der Ernst-Reuter-Siedlung.

zu 3 Information Baumfällungen 2019/2020 im Ortsbezirk

Frau Bindert (Bauverwaltung/Grünconsulting) ist leider verhindert. Sie teilte Ortsvorsteher Andreas Rennig folgendes mit:

Ende 2019/Anfang 2020 werden im Ginsterweg 17 Bäume gepflanzt.

In 2020 wird sie in eine Ortsbeiratssitzung kommen.

Hinweis eines Ortsbeiratsmitgliedes auf die Lücken (von z. T. 2-3 Bäumen) in der Hochfeld-/Niederfeldstraße.

zu 4 Sachstand Unzulässige Auffahrhilfe an Bürgersteigen

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau), der mitteilt, dass in der Regel an Grundstückszufahrten die Bordsteine auf ca. 3 cm abgesenkt sind. Im Stadtgebiet, auch in der Gartenstadt, gibt es nach wie vor Grundstückszufahrten ohne diese Absenkung. In vielen Fällen haben die Grundstückseigentümer „in Eigeninitiative“ Einbauten am Fahrbahnrand („vor dem Bordstein“) hergestellt; z.B. Asphalt-oder Betonkeile oder Stahlblechrampen. Diese Überfahrhilfen wurden bisher stillschweigend geduldet. Sie stellen aber dem Grunde nach

einen Verstoß gegen § 32 StVO dar, da sie die Verkehrssicherheit gefährden. Deshalb hat die Verwaltung die Grundstückseigentümer aufgefordert, die Einbauten zu entfernen und die Absenkung fachgerecht herzustellen. In zahlreichen Fällen zeigten sie Verständnis und Bereitschaft, die daraus entstehenden Kosten in Höhe von ca. 5.000 EUR zu tragen. Einige Betroffene sind dazu (leider) noch nicht bereit.

Herr Ortsvorsteher Rennig wird deshalb gebeten, an die Betroffenen in seinem Stadtteil zu appellieren, die relevanten Gehwegüberfahrten regel- und rechtskonform herzustellen.

Ortsvorsteher Andreas Rennig erklärt sich bereit mit den betroffenen Bürgern zu sprechen. Es bestehe allerdings keine Chance, dass diese Auffahrhilfen bestehen bleiben und die Verwaltung wird demnächst beginnen, rechtlich dagegen vorzugehen, da die Unfallgefahr zu groß ist.

Des Weiteren möchte er mit der Verwaltung abklären, ob man Möglichkeiten sieht, Gebiete zusammen zu fassen, um evtl. einen anderen Preis für die betroffenen Häuser bzw. Bewohner zu erzielen.

Anregung eines Ortsbeiratsmitgliedes die Möglichkeit zu prüfen, ob sich die Betroffenen evtl. mit einer nicht fest installierten Rinne (Baumarkt) beim ein- und ausfahren aus der Garage behelfen könnten.

zu 5 Antrag aller Fraktionen im Ortsbeirat Optimierung des Nachtbusses Nr.94 durch die RNV

Ortsvorsteher Andreas Rennig weist darauf hin, dass nicht der gesamte Ortsbeirat, sondern SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FWG an diesem Antrag beteiligt sind. Grund: Übermittlungsfehler an die CDU-Ortsbeiratsfraktion.

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der rnv. Diese dankt für den konstruktiven und interessanten Vorschlag/Antrag zur Verbesserung des ÖPNV in der Gartenstadt, konkret einer zusätzlichen Anbindung des Bereichs Karlsbader Str. im Nachtbusverkehr durch eine Erweiterung der Linienführung der bestehenden Linie 94. Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Prüfungen umfassen

- Befahrbarkeit der Nachtigalstr. durch Linienbusse
- Abbiegevorgang von der Damaschkestr. in die Nachtigalstr.
- Integration des Zeitbedarfs für die erweiterte Linienführung in den Fahrzeugumlauf
- durch die Erweiterung der Linienführung entstehende zusätzliche Kosten

Diese Prüfungen erfordern Abstimmungen, sowohl innerhalb der rnv als auch mit städtischen Dienststellen. Daher ist der Abschluss der Prüfungen bis zur Ortsbeiratssitzung am

29.11.2019 leider nicht möglich.

Aus unserer Sicht erscheint zudem eine Prüfung sinnvoll, ob als Fahrweg anstelle der Nachtigalstraße die Damaschkestraße nicht besser geeignet wäre. Dazu wäre allerdings die Lage der bestehenden Haltestelle Damaschkestraße anzupassen. Die Damaschkestraße erscheint besser für Busse befahrbar und würde das von der Linienenerweiterung profitierende Einzugsgebiet weiter vergrößern (Bereich Heuweg).

Der Ortsbeirat wird daher gebeten, die Varianten Nachtigalstraße und Damaschkestraße aus seiner Sicht zu bewerten.

Ortsvorsteher Andreas Rennig weist aus seiner Sicht auf die Altersstruktur hin und dass viele ältere Mitbürger abends kulturelle Veranstaltungen besuchen möchten.

Es sollte geprüft werden – wenn die Strecke neu definiert ist – wie hoch der tatsächliche Beförderungsbedarf ist, wenn z. B. die Erreichbarkeit der Haltestellen geringer wäre. Ein weiterer Aspekt ist die Frage, ob man evtl. mehr Interesse bei den Bürgern für den öpnv erreichen könnte. Ob der Bus durch die Damaschke- oder Nachtigalstraße dürfte nicht von großem Belang sein.

**zu 6 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Geschwindigkeitskontrollen in der Karlsbader Straße, Heuweg und Kärntnerstraße, sowie Kontrollen des Durchfahrverbots in der Kärntnerstraße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Verkehrsüberwachung, die folgendes mitteilt:

Kärntner Straße

Die Kärntner Straße ist ständiger Bestandteil der Kontrollen durch die Verkehrsüberwachung, bereits deshalb, da dort ein Kindergarten angesiedelt ist. Im Jahr 2019 wurde in dieser Straße 15 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Dabei wurden insgesamt 3.405 Fahrzeuge angemessen und 289 Verwarnungen, 4 Anzeigen und 1 Fahrverbot verzeichnet. Die Kärntner Straße wird weiterhin regelmäßig überwacht, jedoch ist eine weitere Intensivierung der Kontrollen aufgrund begrenzter Ressourcen nicht möglich.

Die städtische Verkehrsüberwachung ist für die Überwachung des Durchgangsverkehrs nicht zuständig und darf daher diesbezüglich keine Kontrollen vornehmen. Dies obliegt ausschließlich der Polizei.

Heuweg

Der Heuweg hingegen wird nicht so häufig überwacht, da das Verkehrsaufkommen deutlich geringer ist. In diesem Jahr wurde eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt. Von 37

Fahrzeugen wurden 14 Verwarnungen, 3 Anzeigen und keine Fahrverbote verzeichnet. Allerdings wird noch eine Kontrolle im Dezember vorgenommen und je nach Verkehrsaufkommen und Verkehrsverstöße die weiteren Überwachungen geplant.

Karlsbader Straße

Die Karlsbader Straße war bisher nicht auffällig. Bei der letzten Messung fuhren von 68 Fahrzeugen lediglich 8 schneller als die zugelassene Höchstgeschwindigkeit. Daher wird in dieser Straße demnächst eine Geschwindigkeitsmesstafel installiert, welche dann ausgewertet werden kann. Danach wird geprüft, ob und zu welchen Zeiten eine Geschwindigkeitskontrolle sinnvoll ist.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

zu 7 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Straßenrandbefestigung in der Niederfeldstraße, gegenüber Ladenzeile

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau), die mitteilt, dass ein Auftrag zur Wiederherstellung des Straßenbegleitgrüns gegenüber der Ladenzeile kurzfristig an den Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen erfolgt.

Die Situation wird beobachtet und sofern es sich als notwendig zeigt weitere Maßnahmen ergreifen.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden und fordert sofort eine dauerhafte Befestigung, z. B. durch Pflanzung eines Baumes oder eines Busches, damit kein Überfahren mehr möglich ist.

zu 8 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion WLAN und Strom aus der Parkbank

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die mitteilt, um derartige Bänke im Stadtgebiet zu verankern, müsste ein Vertrag mit einem Telekommunikationsanbieter abgeschlossen werden. Zudem ist diese Art von Bänken voraussichtlich sehr anfällig für Vandalismus. Die Verwaltung hat hier keine Kernkompetenz und keine Ressourcen zur Realisierung eines solchen Projektes. Allerdings geben wir die Aufgabenstellung gerne an die Lukom weiter mit der Bitte um Prüfung.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden. Er ist der Meinung, dass eine solche Bank die Attraktivität des Stadtteils für junge Menschen erhöhen würde. Zudem gäbe es unterschiedliche Ausbaumöglichkeiten von diesen Bänken, an denen keine Beschädigungen auftreten könnten. Geprüft werden sollte auch die Möglichkeit, ob evtl. private Sponsoren gewonnen werden können.

Der Ortsbeirat der Gartenstadt würde sich freuen, wenn solche Bänke im Stadtteil etabliert werden könnten.

**zu 9 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Wurzelsanierung an Platanen in der Maudacher Straße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die mitteilt, dass die Straßen im Stadtgebiet regelmäßig begangen werden um die Verkehrssicherheit gewährleisten zu können und haben den Hinweis an den Bereich Tiefbau weitergegeben, der hier die Verkehrssicherheit zu gewährleisten hat.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden und wünscht eine zeitnahe Umsetzung bzw. um Mitteilung, wer beim Bereich Tiefbau zuständig ist.

**zu 10 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Nachtbuslinie Von-Kieffer-Straße/ Kärntner Straße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der rnv, die folgendes mitteilt:

Am 24.06.2019 wurde vom Stadtrat der Stadt Ludwigshafen unter TOP 8 der Beschluss zur "Erweiterung des Busliniennetzes in Ludwigshafen vor dem Hintergrund der anstehenden Baumaßnahmen an den Hochstraßen" (Vorlage Nr.: 20197230) gefasst. Die durch diesen Beschluss vorgesehenen Linienänderungen werden zum 07.01.2020 umgesetzt und sehen unter anderem die Aufteilung der heutigen Nachtbuslinie 96 Berliner Platz – Mundenheim - Rheingönheim – Ernst-Reuter-Siedlung (via Von-Kieffer-Straße) - Maudach in zukünftig zwei Linien vor:

Linie 95: Berliner Platz – Valentin-Bauer-Siedlung Süd – Hochschule – Gartenstadt – Ernst-Reuter-Siedlung - Maudach

Linie 96: Berliner Platz – Mundenheim – Rheingönheim (- Neuhofen)

Die Linie 95 wird zwischen Marienkrankenhaus und Maudach mit allen Fahrten den Fahrweg über Kärntner Str., Schlesierstr. und Von-Kieffer-Straße und somit die gleichnamigen Haltestellen und auch die Haltestelle Pommernstraße bedienen.

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden bzw. seine Frage ist nicht beantwortet, da er der Meinung ist, dass er in der Kärntner Straße ein größeres Potential für den Nachtbus sieht und stellt die Frage „warum es keinen Nachtbus in der Kärntner Straße gibt“.

**zu 11 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Vorstellung Nahverkehrskonzept für die Gartenstadt**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtplanung), die mitteilt, dass im Rahmen des im Dezember 2018 vom Stadtrat beschlossenen Nahverkehrsplanes der Ortsbeirat über die künftigen Pläne und Maßnahmen im August 2018 ausführlich informiert und beteiligt wurde. Der beschlossene Nahverkehrsplan als Rohfassung ist im Internet zu finden unter:

<https://www.ludwigshafen.de/nachhaltig/verkehr/verkehrsplanung/nahverkehrsplan/>

Diese Rohfassung des Nahverkehrsplans befindet sich z. Zt. noch im abschließenden Layout beim VRN und soll Ende 2019 als Druckversion vorliegen. Der Ortsbeirat wird dann auch entsprechende Exemplare erhalten.

Da sich zwischenzeitlich keine Änderungen der Planung ergeben haben, wird eine nochmalige Vorstellung des Nahverkehrsplanes im Ortsbeirat derzeit als nicht zielführend angesehen. Allerdings führt die rnv aktuell Untersuchungen für eine potentielle Stadtbahnverbindung in die Gartenstadt durch, nach deren Abschluss auch eine Vorstellung der Ergebnisse bzw. des diesbezüglichen Nahverkehrskonzeptes im Ortsbeirat vorgesehen ist.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 12 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Baumaßnahmen in Schulen des Ortsbezirks**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Gebäudemangement), die folgendes mitteilt:

1. Welche größeren Bauunterhaltungsarbeiten wurden 2019 in Schulen im Ortsbezirk Gartenstadt, aufgegliedert nach den einzelnen Schulen, umgesetzt?
- zu. 1 In den Schulen des Ortsbezirks: Ernst-Reuter-Grundschule und Realschule plus (85 TEuro), Hochfeldschule(35 TEuro), Niederfeldschule (30 TEuro) und IGS Gartenstadt (50 TEuro) wurden 2019 Bauunterhaltsmaßnahmen, Wartungsmaßnahmen und Instandsetzungen zusammen in Höhe von ca. 200 TEuro umgesetzt.
2. Welche größeren Bauunterhaltungsarbeiten sollen 2020 in Schulen im Ortsbezirk Gartenstadt, aufgegliedert nach den einzelnen Schulen, umgesetzt werden?
- zu. 2 In den Schulen des Ortsbezirks werden 2020 Bauunterhaltsmaßnahmen, Wartungsmaßnahmen und Instandsetzungen zusammen in gleicher Höhe vorgesehen.
3. Welche investiven Baumaßnahmen wurden 2019 in Schulen im Ortsbezirk Gartenstadt, aufgegliedert nach den einzelnen Schulen, umgesetzt?

- zu. 3 In den Schulen des Ortsbezirks wurden investiv Brandschutzmaßnahmen in der Ernst-Reuter-Grundschule und Realschule plus in Höhe von 800 TEuro durchgeführt.
4. Welche investiven Baumaßnahmen sollen 2020 in Schulen im Ortsbezirk Gartenstadt, aufgliedert nach den einzelnen Schulen, umgesetzt werden?
- zu. 4 In den Schulen des Ortsbezirks werden investiv die restlichen Brandschutzmaßnahmen in der Ernst-Reuter-Grundschule und Realschule plus in Höhe von 800 TEuro durchgeführt.
Weiter werden die Bauarbeiten für die Erweiterung Umbau und Umnutzung der Ernst-Reuter-Realschule plus aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KI) 3.0 Kapitel 2 begonnen. Dabei ist auch vorgesehen, alle Toilettenanlagen zu sanieren. Die Maßnahmen sollen bis Ende 2022 fertiggestellt werden. Die Kosten hierfür wurden auf ca. 9,5 Mio. Euro geschätzt.

Allgemein wurden die Schulen des Ortsbezirks Gartenstadt in der Vergangenheit saniert, so dass zurzeit keine weiteren Maßnahmen vorgesehen sind

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden bzw. findet sie nicht ausreichend und bittet um nochmalige Beantwortung. Er möchte im Detail wissen, was wirklich gemacht wurde. Hinweis. in der GS Ernst-Reuter-Schule liegen seit Schulbeginn Decken offen und blanke Kabel hängen nicht abgesichert herunter.

**zu 13 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrsführung Wollstraße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtplanung):

Auch wenn die Anfrage in den Zuständigkeitsbezirk des Ortsbeirates Mundenheim fällt, geben wir dem Ortsbeirat Gartenstadt eine entsprechende Stellungnahme.

In diesem Abschnitt der Wollstraße gab es Beschwerden von Anwohnern bzgl. zu hoher Geschwindigkeiten und Anfragen aus dem Ortsbeirat Mundenheim, m.d.B. geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu prüfen

Mit Hilfe unserer automatischen Radarzählgeräte wurden die gefahrenen Geschwindigkeiten ermittelt. Dabei wurden z.T. deutliche Überschreitungen festgestellt. Seitens der Anwohner bzw. des Ortsbeirates kam der Wunsch nach einer Begrenzung auf 30km/h auf. Diesem Wunsch konnte nicht entsprochen werden. Die Einrichtung einer Tempo 30-Zone ist nicht

zulässig, da es sich um eine klassifizierte Straße handelt und für eine Begrenzung mittels einer Streckengeschwindigkeit fehlen die notwendigen Voraussetzungen.

Es wurden verschiedene Maßnahmen diskutiert und die seitens der Verwaltung empfohlene Maßnahme wurde im Rahmen einer Anwohnerversammlung vorgestellt. Die vorgebrachten Anregungen der Bürger wurden - sofern möglich - bei der weiteren Ausarbeitung berücksichtigt. Die Umsetzung erfolgte zunächst bewusst nur mit Elementen, da die Auswirkungen beobachtet werden sollten und man so ggf. entsprechend reagieren kann. Bislang liegen uns überhaupt keine Beschwerden vor, auch wenn es nach unseren Beobachtungen zu temporären kleineren Beeinträchtigungen kommt. Eine Geschwindigkeitsmessung nach Umsetzung der Maßnahme soll noch durchgeführt werden, insofern können zumindest diesbezüglich noch keine Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahme getroffen werden.

Die Maßnahme hat ca. 20.000 EUR gekostet.

Der Bauantrag zur Errichtung von Mehrfamilienhäusern entlang der Wollstraße entsprach den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 526a 'Ehemalige Coca-Cola', so dass das Vorhaben planungsrechtlich zulässig ist. Daher bestand seitens 4-12 keine Basis für eine Ablehnung.

Bauplanungsrechtlich ist die Regelung von Hauseingängen nicht möglich, da es hierfür keine Rechtsgrundlage gibt. Somit hätte die Lage auch bei eventuellem Bedarf nicht im Bebauungsplan festgesetzt werden können. Ein Bedarf hierfür besteht jedoch nicht, da es sich um Wohnbebauung entlang einer Straße mit der innerörtlich üblichen Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h handelt. Zudem wurde durch Baugrenzen ein Abstand der Wohngebäude zur Grundstücksgrenze von mindestens 2,5 m festgesetzt, so dass die Eingänge mindestens um dieses Maß vom Gehwegrand zurückgesetzt sind.

Wie bereits oben geschrieben, wurden die Inseln aufgrund häufiger Geschwindigkeitsüberschreitungen installiert. D.h. sie sind unabhängig von der Lage der Eingänge errichtet worden.

Der Antragsteller ist mit der Antwort sehr unzufrieden, da es für ihn nicht nachvollziehbar ist, dass man nicht schon bei der Baugenehmigung darauf geachtet hat, dass die Eingänge bei den Häusern an der Straße auf die Rückseite gelegt werden.

zu 14 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Parkplatz gegenüber Mundenheimer Friedhof

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Friedhöfe), die mitteilt, dass der Parkplatz an der Raschigstrasse ca. 70 Stellplätze umfasst und sich in der Inhaberschaft des Bereiches "Grünflächen und Friedhöfe" befindet. Zurzeit ist die Parkdauer dort nicht geregelt.

Da den Friedhofsbesuchern weitere Parkmöglichkeiten im Bereich der Wollstraße und im Bereich der Eichenstraße zur Verfügung stehen, erscheint eine Kurzzeitparkregelung aus Sicht der Friedhofsverwaltung nicht zwingend notwendig, wobei es bei Bestattungen immer mal wieder zu Engpässen beim Parken kommt. Dies wird uns von betroffenen Bürgern auch mitgeteilt.

Vor diesem Hintergrund wird seitens der Friedhofsverwaltung geprüft, einen Teil der Stellplätze mit einer Einschränkung der Parkdauer zu belegen, aber gleichzeitig die Parkplatznot der Berufsschulen angemessen zu berücksichtigen.

Allerdings müssen die damit verbundenen Kosten der erforderlich werdenden Beschilderung ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden, da diese gebührenrelevant werden können.

Wir danken dem Ortsbeirat für die Anregung und werden nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit gerne darüber informieren, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden können.

Der Antragsteller findet die Antwort nicht zufriedenstellend.

**zu 15 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Fahrradabstellanlagen im Stadtteil Gartenstadt**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtplanung), die mitteilt, dass in den zurückliegenden Jahren einige Fahrradabstellanlagen in dem Stadtteil Gartenstadt neu aufgestellt werden konnten. So wurden an den Haltestellen Hochfeldstraße 12 Fahrradständer und an der Haltestelle Niederfeldstraße 8 Fahrradständer im Rahmen eines Bike & Ride-Projektes aufgestellt. Vor dem Nahversorgungszentrum mit Arztpraxen in der Niederfeldstraße (Ostseite) wurde ebenfalls eine Abstellanlage mit 8 Einstellungen aufgestellt.

Geplant sind zusätzliche Fahrradständer im Rahmen der Erweiterung des Marienkrankenhauses. Über diese, vom Krankenhausträger vorzunehmenden Ergänzungen, wird hier aber auch von Seiten der Verwaltung noch zusätzlicher Bedarf für Fahrradständer im öffentlichen Raum gesehen. Weiterhin sehen wir Bedarf, die Nahversorgungseinrichtungen im Stadtteil Gartenstadt mit Fahrradständern auszustatten. Dazu gehört der Bereich in der Kärtner Straße und auch in der Königsbacher Straße vor dem Ortsvorsteherbüro. Hier ist Ersatz des Altbestandes (sog. Felgenkiller) erforderlich.

Fahrradboxen werden hauptsächlich an den Haltestellen bzw. Bahnhöfen des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt. Da ein solcher in der Gartenstadt nicht vorhanden ist, sehen wir in der Gartenstadt keinen Bedarf für Fahrradboxen.

Sollten seitens des Ortsbeirates weitere Örtlichkeiten für Fahrradabstellanlagen als sinnvoll angesehen werden, werden wir dies nach entsprechender Nennung gerne prüfen.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

zu 16 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion

Wochenmarkt

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme von Friedrich Bauer, Marktmeister LUKOM, der mitteilt:

Die Ludwigshafener Wochenmärkte verlieren seit Jahren Markthändler. Teilweise sind die Besucherzahlen derart dramatisch zurückgegangen, dass an einzelnen Markttagen in bestimmten Stadtteilmärkten nur noch zwei Händler (Edigheim) auf dem Markt vertreten sind. Dies hat verschiedene Ursachen: In den vergangenen Jahren wurden in allen Stadtteilen teilweise mehrere Supermärkte mit attraktiven Frischetheken neu angesiedelt, im Gewerbegebiet Westlich B9 kam Globus als weiterer Anbieter mit großer Frequenzwirkung hinzu. Zusätzlich hat die Bäckerei Görtz in nahezu allen Stadtteilen – oftmals in unmittelbarer Nähe des Wochenmarktes – Filialen eröffnet. Dies hat natürlich Auswirkungen auf die Besucherfrequenz auf den Wochenmärkten. Kunden, die mit ihrem eigenen Fahrzeug mobil sind, haben ausreichend Alternativen zum Wochenmarkt. Die Kundenstruktur der Märkte ist oftmals durch Senioren geprägt, die in fußläufiger Nähe zum Wohnort einkaufen gehen. Diese Personenzahl reicht aber für auskömmliche Erträge oft nicht aus.

Zahlreiche Händler geben aus Altersgründen ihre Stände auf. Nachfolger aus der eigenen Familie oder Interessenten, die die Stände übernehmen wollen, gibt es nur äußerst selten. Nicht zuletzt aufgrund der guten Konjunktur, ist der Drang, selbstständiger Markthändler mit Arbeitszeiten von 4 bis 16 Uhr zu werden, gering.

Durch die dauerhaften Bemühungen von Marktmeister Friedrich Bauer, gelingt es immer wieder, einige Lücken zu schließen. Es ist aber auch nicht zielführend, Händler, mit denen man dauerhaft auf mehreren Stadtteilmärkten zusammenarbeiten möchte, auf Märkte zu stellen, die von vornherein die Umsatzerwartungen nicht erfüllen können.

Für Friesenheim konnten kürzlich die Metzgerei Dell und der Fischhändler Rabe gewonnen werden. Brendels Backwelt wurde für Oggersheim, Mundenheim, Oppau und Friesenheim neu akquiriert. In der Gartenstadt war mit Richard Schall kurzfristig ein neuer Bäcker vor Ort, der allerdings den Markt inzwischen wieder wegen mangelnder Umsätze verlassen hat.

Die LUKOM hat zum Zweck der Akquise Anfragen an die IHK und die Handwerkskammer geschickt. Hier haben wir insgesamt eine Anfrage eines Markthändlers (Metzgerei Dell) erhalten.

Durch regelmäßige Sonderaktionen (z.B. Scherenschleifer, Informationsangebote für Schulklassen gemeinsam mit Organisationen wie „5 am Tag“ für Grundschüler aus der Gartenstadt, zuletzt am 18.10.2019 auf dem Markt in der Gartenstadt, Wiederholung am 22.11.2019) versucht die LUKOM zusätzliche Anreize für Marktbesuche zu schaffen.

In der Gesamtbetrachtung ist der Betrieb der Wochenmärkte in den Stadtteilen bis auf wenige Ausnahmen (Friesenheim, Oggersheim, Oppau) aus den dargestellten Gründen schwierig. Eine signifikante Verbesserung der Situation ist nicht zu erwarten. Es muss darum gehen, so lange wie möglich wenigstens den Status quo des jeweiligen Angebots auf den Wochenmärkten zu erhalten.

Dies gilt auch für die Gartenstadt. Die LUKOM wird sich weiterhin bemühen, das Angebot des Marktes in der Gartenstadt bestmöglich aufrechtzuerhalten und nimmt gerne Anregungen für die Akquise von neuen Marktbesuchern auf.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 17 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Freiflächen für Graffiti- Neugestaltung**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die mitteilt, dass im Einzelfall gerne über die Gestaltung von Mauern mit Graffiti entschieden werden kann und bittet um entsprechende Vorschläge.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 18 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Öffentliche Ladestationen**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtvermessung und Stadterneuerung), die mitteilt, dass im Rahmen des Masterplans „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ (auch bekannt als Green City Plan) auch ein Mobilitätskonzept erarbeitet wurde. Eine Maßnahme ist die Aufstellung eines Leitfadens zur Errichtung von Ladeinfrastruktur in Ludwigshafen.

Die Bundesregierung fördert die Ladeinfrastruktur auf Tankstellen und Kundenparkplätzen und möchte Anreize für Ladestationen für Zuhause und am Arbeitsplatz schaffen. TWL ist aktuell dabei, die Aktivitäten als Dienstleister für genau diese Kundengruppen weiter zu verstärken und begrüßt die Anreize.

Der Betrieb öffentlicher Ladeinfrastruktur ist dagegen für die TWL nicht wirtschaftlich, so dass neben den betriebenen 16 öffentlichen Ladepunkten aktuell keine weiteren in Planung sind. Die TWL und der Klimaschutzbeauftragte sind aber im Austausch, um eine gemeinsame Vorgehensweise („Leitfaden“) für den zukünftigen Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur zu entwickeln.

Der Antragsteller ist mit der Antwort zufrieden.

**zu 19 Bebauungsplan Nr. 536 "Ebereschenweg, Schlehengang, Weißdornhag",
Sachstandsinformation**

Frau Mirwald vom Bereich Stadtplanung informiert den Ortsbeirat vor der Offenlage nochmals ausführlich mit einer Präsentation.

Ziel sei die Erkennbarkeit der ursprünglichen Siedlungsstruktur bzw. der typische Gartensstadt-Stil. Anhand eines schematischen Planes erklärt sie die vorgesehenen Bebauungsmöglichkeiten, u. a. dass zwischen dem Vorderhaus und dem Haus in zweiter Reihe ein verträglicher bzw. großzügiger Abstand ist, so dass noch Gärten hergestellt werden können, um mehr Lebensqualität zu haben. Des Weiteren informiert sie über Geschossigkeiten, Bestandsschutz und über verschiedene Varianten (1-geschossig mit Dachgeschoß, 2-

geschossig mit Dachgeschoß, die Mindestgrundstücksgröße z. B. 800 qm – 3 WE, 1.000 qm – 4 WE, verschiedene Dachformen (Bestand Pultdach/Anbau Satteldach), Trauf- und Firsthöhen (Variante 1: Traufhöhe bis 5 m, Firsthöhe bis 10 m/1 Geschoss mit geraden Wänden und ausbaubarem Dachgeschoss oder Variante 2: Traufhöhe bis 6,1 m, Firsthöhe bis 10,6/2 Geschosse mit geraden Wänden und eingeschränkt ausbaubarem Dachgeschoss).

Zur Visualisierung stellt sie noch Beispiele aus Rheingönheim vor, wo die Trauflinie bei 5 m, eine Dachneigung von 40 Grad und die Firsthöhe bei 10 m liegt, was lt. Frau Mirwald im Idealfall auch für die Gartenstadt so aussehen könnte.

Diese Gedanken und Untersuchungen fließen jetzt in den Entwurf des Bebauungsplanes (Stand September 2019) ein.

Des Weiteren weist Frau Mirwald auf die etwas kleineren Grundstücke am Ebereschenweg, die entsprechend größeren und tieferen Grundstücke im Schlehengang und Weißdornhag hin. Eine Sondersituation besteht im Weißdornhag 6-12, wo die vorderen Bestandshäuser (4 Bestands-häuser, 2 Doppelhaus-Hälften bereits 2-geschossig sind. Im rückwärtigen – relativ tiefen Grundstücken (1.100 bis 1.200 qm) entweder DHH oder freistehende 2-geschossige Wohngebäude mit einer Traufhöhe von 6,30/Firsthöhe 11,2 m festgesetzt werden. Und die Gebäude in 2. Reihe mit symmetrischem Satteldach traufständig zur Straße ausgeführt werden sollen. Von der Versiegelung und der Bebaubarkeit auch nur 35 % + die Nebengebäude, was maximal 60 % sein wird.

Die städtebaulichen Ziele sind wie geschildert

- -0,35 GRZ bis 0,6 GRZ,
- -Mindestgrundstückgröße pro Wohneinheit von 275 qm
- in der 1. Reihe können Anbauten an bestehende Vorderhäuser im traditionellen Gartenstadt Stil an die Seite oder ein Stück nach hinten angebaut werden
- in 2. Reihe die freistehenden Hauptgebäude oder alternativ 1-seitig grenzständig
- Firsthöhe wie Vorderhäuser
- Traufhöhe wie Vorderhäuser, max. bis 5 m, außer Weißdornhag 6-12 (hier wie Vorderhäuser
- Geschossigkeit 1 Geschoss und ausgebautes Dachgeschoss, Ausnahme für Weißdornhag 6-12 (2 Geschosse max. wie bestehendes Vorderhaus)
- Dachform symmetrisches Satteldach, zur Straße hin traufständig
- Dachneigung 35-45 Grad
- 2 Stellplätze pro WE
- Erhalt der begrünten Vorgärten
- Regelungen zu Einfriedungen
- nicht überbaute Grundstückflächen sind gärtnerisch zu gestalten
- WEG-Teilung wird favorisiert

Frau Mirwald betont, dass dies so die Gedanken der Verwaltung sind, die noch diskutiert werden können. Außerdem gibt es noch die Trägerbeteiligung und die Öffentlichkeitsbeteiligung, wo die Anwohner Anregungen einbringen können.

Nach ihrem Vortrag beantwortet Frau Mirwald noch Fragen aus dem Ortsbeirat u. a. nach einer baurechtlichen Vorgabe für Fahrradabstellräume und dass als positiv empfunden wird, dass bedingt durch die Mindestgrundstückgröße diese nicht zerstückelt werden können und

somit für Bauträger nicht interessant sind.

Bedenken des Ortsbeirates hinsichtlich zu Häusern (2-geschossig) mit Pultdach, die bereits Bestand haben und Häusern, die an diese angebaut werden sollen, aber seitens der Genehmigungsbehörde über ein Satteldach verfügen müssen, bittet der Ortsbeirat die Verwaltung zu prüfen, ob in diesen Fällen evtl. eine Ausnahmegenehmigung oder eine Härtefallklausel greifen könnte, um diese Bauten in der Optik den bereits bestehenden Häusern anzupassen.

Frau Mirwald nimmt die Anregungen mit und wird die Beteiligungsschritte beginnen und in die Offenlage gehen. Falls sich aus diesem Schritt gravierende Änderungen oder Anregungen ergeben sollten, wird sie diese dem Ortsbeirat vorstellen.

Der Ortsbeirat ist damit einverstanden, dass dieser Bebauungsplan aufgearbeitet wird.

Ortsvorsteher Andreas Rennig und die Fraktionen bedanken sich bei Frau Mirwald für den Vortrag.

zu 20 Ausbau der öffentlichen Verkehrsfläche Schreberstraße zwischen Kallstadter Straße und Niederfeldstraße

Herr Dyck vom Bereich stellt den Ausbau der Schreberstraße zwischen Kallstadter Straße und Niederfeldstraße anhand einer Präsentation detailliert vor, u.a. die aktuelle Situation. Geplant sind sinnvolle Abschnitte, um die Erneuerung vorzunehmen. Des Weiteren erläutert Herr Dyck die Ziele des Ausbaus:

- Erneuerung des kompletten Fahrbahnoberbaus
- Erneuerung der Straßenentwässerung
- Erneuerung der Beleuchtungsanlagen (LED)
- Erneuerung der Gehwege (incl. Unterbau)

Die Straße soll als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut werden, d. h. alle Flächen werden von allen Verkehrsteilnehmern gleichermaßen genutzt (Fahrradfahrer, Fußgänger und Autofahrer). Im Prinzip wird die ganze Straßenbreite von allen gleichmäßig genutzt. Die Fläche ist komplett rot-braun gepflastert. Überall, wo keine Einfahrt ist, sind Stellplätze geplant, welche durch ein anthrazitfarbiges Pflaster kenntlich gemacht werden. Durch eine Mittelrinne kann das Wasser abgeleitet werden. Die Parkplätze wechseln auf den verschiedenen Seiten, damit keine durchgehende Gerade entsteht, um erhöhte Geschwindigkeiten zu vermeiden bzw. um langsames Fahren zu fördern. Am Anfang und am Ende eines solchen Wechsels wird ein schmaler kleiner Pflasterhügel erstellt, auf den eine Barke kommt. Ziel: Bessere Wahrnehmung, z. B. bei Sonnenschein oder Regen. Um auf eine übergeordnete Straße zu gelangen bzw. sie kenntlich zu machen, wird ein ca. 4 cm erhöhter Bordstein in grau angebracht. Die Kanalan schlüsse müssen im Vorfeld saniert werden. Der Kanal wird mit einem Inliner

versehen. Bei den Versorgungsleitungen sind lt. TWL keine Maßnahmen erforderlich.

Mit der Maßnahme soll im Sommer 2020 begonnen werden. Die voraussichtliche Bauzeit beträgt 5-6 Monate (je nach Witterung).

Wenn der Ortsbeirat diese Planung annimmt, soll diese Maßnahme den Anwohnern in einer Anwohnerversammlung vorgestellt werden.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 875.000 Euro. Diese Kosten werden zu 80 % von den wiederkehrenden Ausbaubeiträgen und 20 % von der Stadt Ludwigshafen getragen.

Nach seinem Vortrag beantwortet Herr Dyck noch Fragen aus dem Ortsbeirat u. a. zu den Kosten, Stellplätzen, Garagenzufahrten, Pflasterung der Fläche, Rand-/Bordsteinen/Aufkantungen und Barken.

Der Ortsbeirat stimmt der Entwurfsplanung zu.

Ortsvorsteher Andreas Rennig und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Dyck für die ausführliche Vorstellung der Maßnahme.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
17:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.12.2019

Brigitte Kachelmeier-Schmitt
Schriftführer

Andreas Rennig
Vorsitzende/r